

AUFRUF
Große Demo
am 13. Mai in
Pforzheim!

Solidarity4All

Zeitung gegen Rassismus und Ausgrenzung

www.stop-deportation.de

Herausgegeben vom Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg

Ausgabe 2, April 2017

Protest gegen das Abschiebegefängnis in Pforzheim

Warum wir gemeinsam Rechte für Geflüchtete erkämpfen müssen – jetzt erst recht!



Demonstration des Antira-Netzwerks gegen das Registrierzentrum in Heidelberg am 1. Oktober 2016

Geflüchtete, denen die Behörden den Schutz verweigern, sollen nach dem neuen Gesetz „zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ noch schneller abgeschoben werden. Dazu dient die Abschiebehaft und der Abschiebegewahrsam. Die Möglichkeit monatelanger Abschiebehaft und einen bis zu zehntägigen Abschiebegewahrsam anzuordnen wird erleichtert. Menschen werden inhaftiert und ihrer Freiheit beraubt, nur weil sie sich weigern, „freiwillig“ in Elend, Krieg und Verzweiflung zurückzukehren, oder an ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken.

Warum wollen wir in Pforzheim vor dem Abschiebegefängnis demonstrieren?

Abschiebehaft ist ein massiver Eingriff des Staates in das Leben, in die Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit der Betroffenen. Die Verhaftung erfolgt in der Regel schnell und überraschend. In der Regel bleibt die persönliche Habe in den Wohnungen oder in den Flüchtlingslagern zurück. Haben Geflüchtete gearbeitet, Geld ange-

spart, wird dieses beschlagnahmt. Den Betroffenen werden die Kosten der Abschiebehaft (180 € pro Tag in Pforzheim), sowie der Abschiebung in Höhe von oft tausenden Euro in Rechnung gestellt. Die Angst vor drohender Verfolgung und Diskriminierung im Herkunftsland, Folter, Entführung, Zwangsrekrutierung, erneuter Verhaftung und die damit verbundene psychische Belastung führen immer wieder zu Suizidversuchen und Selbsttötungen. Wiederholt wenden Vollstreckungsbehörden bei Abschiebungen auch massive Gewalt an. Um Betroffene ruhig zu stellen werden diese gefesselt und in Zwangsstellungen im Flugzeugsitz fixiert. Einige Geflüchtete bezahlen die Abschiebeprozedur bereits mit ihrem Leben.

Die Ursachen für Flucht und Migration sind vielfältig, oft wird die Flucht als letzter Ausweg in einer existenzbedrohenden Situation für Leib und Leben gesehen. Doch auch diejenigen, die abgeschoben werden sollen, sind schutzbedürftig.

Einschätzungen von Regierungsseite zur Sicherheitslage haben mit

der Realität oft wenig zu tun – siehe Afghanistan. Gleiches gilt für die Lage der Roma in den Balkan-Ländern, deren Einordnung als „sichere“ Herkunftsländer nur mit der Stimme des grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Kretschmann möglich wurde.

Immer höhere Grenzzäune werden gezogen. In Folge der militarisierten Flüchtlingsabwehr der EU ist das Mittelmeer zum Massengrab für Flüchtlinge geworden. Wer es trotzdem geschafft hat, in die EU und in die BRD zu kommen, soll nun möglichst schnell wieder abgeschoben werden – entweder direkt in die Herkunftsländer oder in das EU-Land das zum ersten Mal betreten wurde. Dies soll künftig auch noch nach mehrjährigem Aufenthalt, Leben und Arbeiten in Deutschland möglich sein. Sollte Dublin IV in Kraft treten, wäre das Recht auf Asyl in Deutschland faktisch weitgehend abgeschafft. Im September 2016 gab es bereits 40 Prozent Dublin-Abschiebungen aus Pforzheim.

Abschieben über Pforzheim

Aktuell gibt es in der BRD neun Abschiebegefängnisse, eines davon in Pforzheim, das noch von der Grüne/SPD Landesregierung eingerichtet wurde. Noch in diesem Jahr soll es 80 Haftplätze geben. Die Oberbürgermeisterin in Bruchsal wehrte sich vehement gegen Pläne ein Abschiebegefängnis einzurichten, denn „eine Abschiebehaft-Anstalt stünde in krassem Gegensatz zu der Willkommenskultur, die wir hier in herausragender Weise pflegen“.

Die Haftandrohung soll abschrecken und zur „freiwilligen Ausreise“ bewegen. Die Abschiebehaft eignet sich darüber hinaus bestens Geflüchtete zu kriminalisieren und zu diskreditieren, wird doch Gefängnis mehrheitlich mit Verbrechen in Verbindung gebracht. Betroffen sind jedoch Menschen, die oft schon Jahre in der BRD leben, und nun plötzlich zu Unerwünschten erklärt, und aus allen aufgebauten sozialen Beziehungen herausgerissen werden. Bei Behörden, in der Schule, am Arbeitsplatz oder zu Hause werden sie plötzlich festgenommen und eingesperrt. Mehrere Geflüchtete wurden in Stuttgart und Esslingen auf der Ausländerbehörde festgenommen, ein junger Mann wurde in Reutlingen sogar aus der Schule abgeschoben.

Im ersten Jahr wurden aus Pforzheim 358 Menschen aus 48 Ländern abgeschoben, obwohl es nur 36 Haftplätze gab. Waren am Anfang mehrheitlich Geflüchtete aus dem Balkan betroffen, so zeigt sich im Jahresrückblick, dass etwa 44 Prozent aus afrikanischen Ländern kamen. Seit dem Rückübernahmeabkommen mit Afghanistan wurden im Dezember wie im Januar 2017 Geflüchtete vom Abschiebegefängnis Pforzheim nach Kabul abgeschoben. Ab 2018 sollen sogar Frauen und Familien in Abschiebehaft genommen werden können.

Ein Gefängnis mit Geschichte

Die Inbetriebnahme der Abschiebehaftanstalt in Pforzheim ist Anlass für uns, an einige Schicksale aus der düsteren Geschichte dieses Gefängnisses zu erinnern

Zwischen 1933 und 1945 wurden viele Menschen aus dem Pforzheimer Gefängnis abgeschoben. Sie wurden in die Konzentrationslager Dachau, Gurs oder Theresienstadt deportiert und ermordet. Viele der abgeschobenen Juden stammten aus Familien, die vor dem 1. Weltkrieg vor Verfolgung in ihrer Heimat in Osteuropa geflohen waren.

Bereits im Mai 1933 wurden jüdische Menschen nach antisemitischen Demonstration in Pforzheim im Pforzheimer Gefängnis „in Schutzhaft“ genommen.

Am 28. Oktober 1938 wurden elf nicht-deutschen Juden von Pforzheim an die polnische Grenze gebracht. Nur Arnold Mazur überlebte die Deportation. Zwei Wochen später, am 10. November 1938, nach der Zerstörung der Synagoge an der Zerrennerstraße, sperrten die Nazis Salomon Bensinger mit mindestens 22 weiteren jüdischen Männern ins Gefängnis und schoben dann alle per Reichsbahn ins Konzentrationslager Dachau ab.

Knapp 2 Jahre später, am 22. Oktober 1940 deportierten die Nazis fast 200 Menschen ins Lager Gurs. Nur 55 von Ihnen überlebten den Terror der Nazis.

Nach dem Attentatsversuch am 20. Juli 1944 wurden 15 Nazi-Gegner, meist frühere SPD- oder KPD-Stadtverordnete inhaftiert und ins Konzentrationslager Dachau abgeschoben. 25 Mitglieder der Résistance, die die Nazis aus Frankreich hierher verschleppt hatten, wurden am 30. November 1944 von der Gestapo aus dem Gefängnis geholt und im Hagenschieß ermordet.

Im Pforzheimer Gefängnis waren ab 1933 viele Gegner_innen der Nazis, von Zeugen Jehovas und Gewerkschaften, KPD und SPD, und von „widerständigen“ Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Aber auch damals gab es in Pforzheim Menschen, die Verfolgten und von der Abschiebung in den Tod Bedrohten zur Flucht verhalfen oder sie vor dem Zugriff der Nazis versteckten. Auch dies gehört zur notwendigen Erinnerung angesichts der Gefängnismauern.

Die Informationen hat Gerhard Brändle aus Pforzheim zusammengetragen.

13. Mai in Pforzheim: Landesweite Demo gegen Abschiebungen

Das Antira-Netzwerk Baden-Württemberg ruft mit zahlreichen Gruppen zum Protest auf

Flucht und Migration sind keine Verbrechen.

Wir fordern ein sofortiges Ende der rassistischen Ausgrenzung und Abschiebung von Geflüchteten, Bleiberecht für Schutzsuchende, und die Abschaffung aller „Sondergesetze“



für Flüchtlinge und Migrant_innen. Wir kämpfen für eine Welt in der Menschen nicht mehr flüchten müssen, eine Welt der Bewegungsfreiheit, der gleichen Rechte für alle, eine Welt der Solidarität, ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Rassismus. Die Verteidigung der

Rechte der Geflüchteten ist unverzichtbarer Bestandteil dieses Kampfes. Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam müssen abgeschafft werden. Das Abschiebegefängnis in Pforzheim und auch alle anderen Abschiebegefängnisse sind aufzulösen.

Mischen wir uns ein! Wir rufen deshalb dazu auf, am 13. Mai 2017 in Pforzheim zu demonstrieren und ein nicht zu überhörendes Zeichen unseres Protests zu setzen.

Die Unterstützerinnen und Unterstützer des Aufrufs folgen auf Seite 2.

Samstag, 13. Mai 2017 ab 13 Uhr am Waisenhausplatz in Pforzheim: Mobilisiert in euren Kreisen - für eine antirassistische Offensive!



Nach seiner Abschiebung strandet Modou am Bahnhof in Mailand - Die Notunterkünfte sind allesamt augebucht.

Vom Ausländeramt in die Falle gelockt

Die Situation in Italien nach der Abschiebung

Modou S. (19) aus Gambia war, wie fast alle Geflüchteten aus Afrika, über Italien eingereist. Allerdings hatte sich dort im Herbst 2015 nur ungefähr drei Wochen aufgehalten, und zwar in einer völlig überfüllten und abgelegenen Unterkunft zwischen Florenz und Perugia. Infolge von Misshandlungen in Gambia und Libyen litt er an einer offenen Kopfverletzung. Da ihm jegliche medizinische Behandlung versagt blieb, beschloss er, zügig nach Deutschland weiterzureisen. So war er seit Ende Oktober 2015 im Raum Nürtingen (Kreis Esslingen) untergebracht, wo er die Schule besuchte und sich sehr gut integriert hatte. Er strebte eine Ausbildung als Schreiner an. Diesen Beruf hatte er zuvor in Gambia ausgeübt.

Allerdings wurde er als „Dublinfall“ am 25.02.2017 nach Italien abgeschoben. Das Ausländeramt Nürtingen hatte ihn ungefähr zehn Tage zuvor in eine Falle gelockt: Unter Vorgabe, seine neue Aufenthaltsberechtigung abzuholen, wurde er verpflichtet, dort persönlich zu erscheinen. Erst ließ man ihn und seine Ehrenamtliche längere Zeit warten. Doch plötzlich wurden beide von den Angestellten des Amtes umkreist und Modou von der Polizei verhaftet.

Schließlich wurde er nach Pforzheim ins Abschiebegefängnis ge-

bracht. Am frühen Morgen des 25.01.2017 musste er einen Germanwings-Linienflug von Stuttgart nach Mailand besteigen. Nach seiner Ankunft am Flughafen Malpensa bekam Modou von der italienischen Grenzpolizei ein Schreiben auf Italienisch ausgehändigt, welches ihm nicht genau übersetzt wurde. Zusammenfassend sagte man ihm, er sei in Italien unerwünscht und alle Hoffnungen auf ein Asylverfahren seien für ihn nunmehr „geplatzt“.



Modou S.

Nach 4½ Stunden sinnlosen Wartens wurde Modou schließlich in den Passagierbereich des Flughafens entlassen. Die Polizei erklärte ihm nicht, wie er ins 45 km entfernte Stadtzentrum gelangen könne. Schließlich fand er den Weg zum Hauptbahnhof Milano Centrale. Allerdings erwartete ihn dort nur Aussichtslosigkeit und Obdachlosigkeit. Er stieß auf unzähli-

ge Flüchtlinge, die vor dem Bahnhof saßen, darunter auch einige aus Deutschland abgeschobene „Dublinfälle“. Angesichts der großen Anzahl der mit Decken gefüllten Müllsäcke, die sich auf dem Bahnhofsvorplatz stapelten, konnte er schließen, dass auch er gezwungen wäre, auf der Straße oder in Unterkünften zu übernachten.

Die Notunterkünfte waren ausgebucht. Selbst dort hätte es übrigens keine Duschen oder ausreichende Toiletten gegeben. Der vergangene Winter war in Italien kälter als in Deutschland. In Venedig war im Januar sogar die Lagune zugefroren!

Zum Glück fand er Unterschlupf bei einem entfernten Bekannten aus Senegal, der sich mit fünf weiteren Flüchtlingen eine Einzimmerwohnung teilt. Allerdings nur für kurze Zeit, denn dort wurde er sehr schnell bei einer Unterkunftskontrolle entdeckt. Sein „Gastgeber“ war somit in Gefahr, selbst seinen Schlafplatz zu verlieren. Dies wollte ihm Modou nicht zumuten.

Da er krank wurde und nicht die geringste Möglichkeit sah, seine Mindestbedürfnisse gesichert zu sehen, beschloss er nach einigen Tagen, es wieder nach Deutschland zu versuchen. Dies ist Modou nach mehreren Versuchen schließlich gelungen.

Abschiebungen mit Blockaden verzögert und sichtbar gemacht

AKT [aktion kollektiv theatral] berichtet von eigenen Erfahrungen und zeigt Protestmöglichkeiten auf

Seit 3 Jahren versuchen wir in Karlsruhe Abschiebungen zu verhindern. Wir wollen Aufmerksamkeit erzeugen und die an der Abschiebemaschinerie teilnehmenden Behörden sichtbar machen und sie durch unseren Protest mit ihrem Handeln konfrontieren. Wir sind erschüttert von Asylrechtsverschärfungen, der Ausweisung sicherer Herkunftsländer, von Abschiebehaftanstalten. Doch der Aufschrei in der Bevölkerung bleibt aus; mehr noch, mit der Forderung nach mehr Abschiebungen lässt sich wieder Wahlkampf machen. Unserer Proteste sind ein erster Schritt auf dem Weg, eines Tages direkte polizeiliche Abschiebungen wirklich verhindern zu können. Das war bislang nicht möglich - trotz dutzender Nächte vor den Landeserstaufnahmestellen in Karlsruhe, vielen Mahnwachen, Sitzblockaden und anderen Formen des zivilen Ungehorsams. Wir waren dort, waren solidarisch, haben verzögert und verteuert. Das werden wir auch weiterhin tun - und irgendwann auch verhindern. Umso mehr wir werden, desto wahrscheinlicher

Unsere Proteste sind ein Schritt auf dem Weg, eines Tages direkte polizeiliche Abschiebungen wirklich verhindern zu können.

wird das. Daher teilen wir im folgenden unsere Erfahrungen. Macht mit!

Eine gute Form der Blockade ist es, den Bus daran zu hindern, zur Unterkunft vorzufahren. Dann könnten die Geflüchteten gar nicht erst in den Bus gebracht und somit auch nicht abgeschoben werden. Konkret kann dies auf unterschiedliche Weise geschehen - am einfachsten dadurch, dass sich Protestierende dem Fahrzeug in den Weg setzen und die Blockade lange genug aufrecht halten.

Vorbereitend zu einer Blockade

- Informationen über die Abläufe von Abschiebungen und Gegebenheiten vor Ort kommen am direktesten von Kontaktpersonen in den Unterkünften.
- Termine von Sammelabschiebungen veröffentlicht Aktion Bleiberecht (www.aktionbleiberecht.de).
- Gebietskenntnis ist während der Aktion wichtig. Schaut euch also

vorher den Ort und die Umgebung der Unterkunft in Ruhe an und macht euch ein Bild, wo Schwierigkeiten und Möglichkeiten liegen.

- Um schnell viele Leute zu versammeln kann es geschickt sein, ein Mobiltelefon einzurichten. Beachtet dabei, dass ihr nicht wissen könnt, wer am Ende der Leitung ist - also keine vertraulichen Informationen weitergeben.
- Die Presse sollte schon vorab informiert werden. Denkt auch daran, die Aktion vor Ort in Wort und Bild zu dokumentieren.
- Es kann im Vorfeld eine Mahnwache angemeldet werden. So ist euch der Platz zunächst sicher. Vor einer Blockade auf jeden Fall aber die Versammlung auflösen!
- Sprecht im Vorfeld darüber, wie weit der Protest gehen soll und welche Mittel ihr für angemessen haltet.
- Protest ist nicht verboten. Sollte es dennoch zu Festnahmen oder Platzverweisen kommen am besten vorbereitet sein - keine Aussagen bei der Polizei! Wenn es vor Ort einen Ermittlungsausschuss oder eine Rote-Hilfe-Ortsgruppe gibt, baut im Vorfeld Kontakt auf.

Vor Ort und in Aktion

- Informiert per Gespräch und Flyer - am besten in mehreren Sprachen - die von Abschiebungen Betroffenen und andere Refugees, dass ihr nicht diejenigen seid, von denen die Gefahr ausgeht. Die Situation kann unter Umständen nicht eindeutig erkennbar sein.
 - Um wenig Überraschungen zu erleben, sollten Späher*innen (am besten per Fahrrad) da sein. Walkie Talkies bieten sich zur schnellen Kommunikation an.
 - Habt beim Aktionsplan - welche Mittel werden angewendet, wer ist wofür zuständig, was ist Ziel der Aktion - immer auch einen Plan B im Kopf.
 - Bildet im Vorfeld oder zu Beginn der Aktion für funktionierende Kommunikation und eure Sicherheit Bezugsgruppen. Seid euch bewusst, wo eure Grenzen liegen. Dafür ist es auch wichtig, das eigene Verhalten und eigene Emotionen in Stresssituationen einschätzen zu können.
- Nach der Aktion sollte eine Pressemitteilung herausgegeben werden. Uns hat es immer gut getan, sich im Nachhinein zusammen zu finden und über die Aktion zu sprechen und füreinander da zu sein. Passt aufeinander auf!

Zur Demonstration am 13. Mai 2017 in Pforzheim rufen auf:

AK Flüchtlinge Reutlingen, Aktion Bleiberecht Freiburg, AKT [aktion kollektiv theatral] Karlsruhe, Aktionskreis Internationalismus (AKI Karlsruhe), Anarchistische Gruppe Freiburg, Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD/iL), Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg, Asylarbeitskreis Heidelberg, Bayerischer Flüchtlingsrat, Bündnis Bleiberecht Tübingen, Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Baden-Württemberg, DIE LINKE Baden-Württemberg, DIE LINKE Freiburg, DIE LINKE KV Karlsruhe, Dirk Spöri (Landessprecher von DIE LINKE Baden-Württemberg), FAU Freiburg, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Forum Asyl Pforzheim, Forum Azilon - Asyl und Menschenrecht Konstanz, Fraktion DIE LINKE/PIRATEN im Heidelberger Gemeinderat, Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung, Get Up! Heilbronn, Initiative gegen Rassismus - Westallgäu, Initiative gegen Rechts Pforzheim, Interkulturelle Forum für Flüchtlingsarbeit (IFF) in Biberach, Interventionistische Linke Karlsruhe, Kreisverband DIE LINKE KV Heidelberg/Bad. Bergstraße, Libertäre Gruppe Karlsruhe, linksjugend [solid] Heidelberg, MediNetz Freiburg, menschen.rechte Tübingen, Offene Grüne Liste Kernen, Offenes Antirassistisches Treffen Karlsruhe, Partei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, rasthaus Freiburg, Recht auf Stadt Freiburg, Sols Konvoi Frankfurt, Space Initiative Heidelberg, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), VVN-BdA Kreis Vereinigung Pforzheim-Enzkreis

IMPRESSUM

Solidarity4All wird herausgegeben vom Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, c/o Aktion Bleiberecht Freiburg, Adlerstr.12, 79098 Freiburg, info@stop-deportation.de.
V.i.S.d.P. Walter Schlecht Layout und Gestaltung Franz Heinzmann

SPENDENAUFTRUF

Wir bitten dringend um Spenden, damit wir unsere gemeinsamen Projekte finanzieren können - wie z.B. die regelmäßigen Konferenzen, diese Zeitung oder die Demonstration in Pforzheim.

Spendenkonto: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, Volksbank Breisgau Nord e.G., BIC: GENODE61EMM, IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26

Stichwort: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg.

Wenn Städte zu Rebellen werden

Das Sanctuary City-Netzwerk setzt sich für Rechte von illegalisierten Geflüchteten auf kommunaler Ebene ein

Sanctuary, das heißt Heiligtum, Zufluchtsort oder Asyl. Sanctuary Cities nennen sich Städte, die die Zusammenarbeit mit Polizei- und Einwanderungsbehörden verweigern und allen ihren Bewohner_innen gleiche Rechte garantieren wollen.

Sie greifen damit eine Idee der frühen Neuzeit auf, denn bereits in der Antike boten sich Städte und Stadtgemeinschaften als Zufluchtsorte an für Menschen, die vor ungerechter Strafe fliehen mussten. Heute wird das Konzept in über 250 Städten in USA, Kanada, GB, Spanien und Italien angewendet und anstatt Verbrecher_innen werden in den Städten vor allem illegalisierte Menschen und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus geschützt. Diese Städte haben sich offiziell zu einer Politik bekannt, welche sich den Migrationsgesetzen der jeweiligen Länder aktiv widersetzt – und wurden damit zu Rebellen: die meisten Sanctuary Cities liegen in den USA, wo sie offen den Verordnungen Donald Trumps entgegentreten.

Pragmatische Politik

Der Ansatz ist dabei sehr praktikabel: teilweise betreffen diese Lebensumstände fast ein Viertel der örtlichen Bevölkerung. Diese wäre ohne diese politische Praxis zu einem Leben in weitestgehender Unsichtbarkeit und Untätigkeit verdammt: Während einige nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben, da ihnen das Asylbewerberleistungsgesetz ein noch schlechteres Leben zumutet, als denjenigen, die zumindest Sozialhilfegelder enthalten. Andere müssen auf staatliche Leistungen ganz verzichten, weil sie als undokumentierte Mitmenschen fast jeden Kontakt mit staatlichen Institutionen vermeiden müssen. Und diejenigen, die hier nur geduldet sind, leben in einem Zustand dauerhafter Unsicherheit unter der Dro-

hung von Abschiebungen. Oftmals rutschen Betroffene in die Unsichtbarkeit oder Illegalität ab, können ihre Kinder nicht in die Schule oder den Kindergarten geben, können keine oder nur rudimentäre Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen und sind dazu gezwungen, entweder gar nicht oder zu schlechten Bedingungen zu arbeiten. Die Möglichkeit aktiv ihr Leben in die Hand zu nehmen und zu gestalten, wird diesen Menschen so verwehrt. Eine neue Klasse von Bürger_innen entsteht, die keine, oder nur wenige Rechte hat, die auf staatliche Hilfen und Wohlfahrt angewiesen ist, die in die Passivität gezwungen wird. Dabei werden nicht nur menschliches Potenzial vergeudet und unnötige Kosten verursacht, sondern Menschenrechte schlicht ignoriert und das soziale Zusammenleben in den Städten gefährdet: z.B. kommen illegalisierte Menschen als Zeugen vor Gericht kaum in Frage – auch erste Hilfe zu leisten kann für diese Personen schon eine Gefahr darstellen. Dabei ist es in vielen Fällen nicht einmal nötig oder pflichtig, dass die Behörden, Schulen, Arztpraxen und Kliniken Daten zum Aufenthaltsstatus der jeweiligen Person erheben, geschweige denn diese weiterzuleiten. Sanctuary Cities rufen diese recht-

In den USA arbeitet sogar die Polizei-behörde im Bündnis mit.

lichen Grauzonen ins Bewusstsein und gehen auf die Mitarbeiter_innen der entsprechenden Behörden und Institutionen zu, klären diese über die Pflichten und Rechte auf. Besonders funktional ist dies, weil in Sanctuary Cities Bündnisse eingegangen werden, die versuchen möglichst viele Kompetenzen zusammen zu bringen, Fähigkeiten und Energien zu konzentrieren und dabei auf vielfältigen Ebenen zu ar-



In Freiburg trifft sich seit ein paar Monaten eine Initiative, die neue Möglichkeiten zum Schutz Geflüchteter ausloten will.

beiten. Die Stadtverwaltung, lokale Behördenstellen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, aber auch inoffizielle Akteure der sozialen Zusammenarbeit beteiligen sich und arbeiten zusammen. In den meisten Sanctuary Cities der USA arbeitet sogar die lokale Polizeibehörde in diesem Bündnis mit und weigert sich den Aufenthaltsstatus ihrer Einwohner_innen zu ermitteln. Weitere Städte kontrollieren nicht den Personalausweis ihrer Bewohner_innen, sondern haben eine City-Card, eine Art Einwohner_innen-Ausweis, eingeführt, die sie zur Nutzung städtischer Infrastrukturen berechtigt. Basis für dieses Papier ist lediglich eine Wohnadresse innerhalb der Stadt. Was hierzulande utopisch klingen mag, ist seit Jahren Realität in Städten wie New York, San Francisco, Seattle, aber auch Toronto, Glasgow, Barcelona und Palermo.

Und in Deutschland?

Auch in Deutschland hat sich in den letzten Monaten ein neues Netzwerk von Städten und Gemeinden gegründet, das eine ähnliche Zielsetzung hat. Natürlich lässt sich eine solche „rebellische Ordnung“

nicht deckungsgleich umsetzen, da hier die gesetzlichen Rahmen völlig andere sind. Allerdings ist die Idee, ein städtisches Zusammenleben zu organisieren, das für alle gleichermaßen zuträglich ist, nichts Neues, international ähnlich und

Es gilt, vorhandenes Potential zu bündeln und auszubauen.

hochmobil. Die Städte reagieren zunehmend auf den Fakt der Migration, die sich vor allem auf urbane Zentren konzentriert und die Realität der Repräsentationslücken, die über die Jahre in der Gesellschaft entstanden sind. Das heißt, dass die Sanctuary City-, Solidarity City-, oder Zufluchtsstadt-Konzepte im Grunde flexibel in ihrer Ausrichtung sind, was die rechtliche und politische Implementierung betrifft, aber auf dasselbe Problem reagieren. Die Aktivist_innen, Politiker_innen und Unterstützer_innen glauben daran, dass das Zusammenleben auf kommunaler Ebene für alle besser ist, wenn sozialer Zusammenhalt praktiziert wird.

Städte sind dem Wohlergehen aller ihrer Bewohner_innen verpflichtet und nicht nur denen, die das Privileg einer einheimischen Staatsbürgerschaft oder die richtigen Papiere haben.

In Freiburg wurde diese Sachlage auch schon vor Jahren erkannt. So lautet es in einem Beschluss des Gemeinderats von 2005, dass sich die Stadt Freiburg für bessere Lebensumstände von Menschen ohne Papiere oder mit prekärem Aufenthaltsstatus einsetzen möchte. Der Rat folgte damit dem Vorschlag einer Gruppe humanitärer Aktivist_innen. Wenn es auch bei einem Lippenbekenntnis verblieb, zeigen genau solche Beschlüsse, dass es auf der politischen Ebene der Stadt Potenziale gibt, die es zu nutzen gilt. „In unserem Projekt geht es um nichts Geringeres als die konkrete Umsetzung eines «Rechts auf Rechte», das so vielen von uns bis heute verwehrt bleibt, weil sie den falschen Pass oder eine bestimmte Hautfarbe haben. Unsere Zielsetzung blieb dabei immer die permanente Ausweitung, die Demokratisierung der Demokratie“ (Katharina Morawek, Kuratorin der Züricher Shedhalle über das Projekt Die ganze Welt in Zürich).

Flüchtlinge ins Bürgerasyl – statt Abschiebung nach Afghanistan!

Eine neue Initiative in Stuttgart will organisiert und mit Zivilcourage Abschiebungen verhindern

Zuerst gilt es, ein Missverständnis auszuräumen: Gibt es in Afghanistan „sichere Regionen“ oder nicht? Nein, darum geht es gar nicht. Halten wir die Politiker, die Innenminister, die das behaupten, nicht für blöd! Wir brauchen sie nicht überzeugen, dass dort Krieg herrscht, im ganzen Land. Das wissen sie selbst. Aber sie lügen. Ganz unverfroren. Warum? Wenn erst einmal in Länder wie Afghanistan abgeschoben werden kann, wenn die Öffentlichkeit sich daran gewöhnt hat, dann kann in jedes Land abgeschoben werden. Dann ist das Asylrecht Makulatur. Darum geht es. Nicht obwohl, sondern weil das Land unsicher ist, soll dorthin abgeschoben werden.

Widerstand

1. Der Widerstand ist unüberhörbar: Proteste, Demonstrationen, Unterschriften. In Deutschland gibt es schließlich Hunderttausende, die sich in der Flüchtlingsarbeit

engagieren. Und die bei der monatlichen Abschiebung von ohnmächtigem Zorn erfasst werden...

2. Bei Tausenden Afghanen ist Panik ausgebrochen. Aber viele wollen nicht in ihren Unterkünften auf den Abtransport warten. Fast zwei Drittel der zur Abschiebung vorgesehenen konnten sich entziehen... Warum nicht diese beiden Widerstands-Potentiale kombinieren? Wir sind überzeugt: Organisiert und mit Zivilcourage können wir Abschiebungen nach Afghanistan verhindern: durch das Bürgerasyl. Versuchen wir, jedem einzelnen afghanischen Flüchtling, der bei uns in Deutschland Schutz sucht, diesen Schutz mit dem Bürgerasyl zu sichern. So wie mutige PfarrerInnen das seit Jahren mit dem Kirchenasyl tun.

Was heißt Bürgerasyl konkret?

1. Ein Netz ist zu knüpfen von „BürgerInnen“, die sich und ihre Wohnung für einen Schutzsuchenden

zur Verfügung stellen. Vorübergehend oder unbefristet. Versteckt oder öffentlich.

2. Ein Netz von UnterstützerInnen der Initiative ist aufzubauen: Organisationen und (möglichst bekannte) Personen vor Ort, die sich öffentlich für das Bürgerasyl aussprechen und engagieren. Und an die sich schutzsuchende Afghanen wenden können.

Bürgerasyl ist nicht geheim!

Keine falschen Vorstellungen: die Initiative „Bürgerasyl“ ist nicht geheim. Im Gegensatz zur „Untergrundbahn“ für flüchtende Sklaven in den USA vor dem Bürgerkrieg. Oder im Gegensatz zum Judenverstecken während des Dritten Reiches. Am ehesten kann man es mit dem Kirchenasyl vergleichen. Das Ziel ist, den afghanischen Flüchtlingen einen festen legalen Aufenthalt in Deutschland zu verschaffen, indem politischer Druck aufgebaut wird mit massivem zivi-

len Ungehorsam.

Auch Kirchenasyl bietet keinen legalen Schutz. Aber die Hemmschwelle für die Polizei, dort im Morgengrauen Flüchtlinge zur Deportation abzuholen, ist sehr hoch. Auch bei „normalen deutschen Bürgern“ dürfte diese Hemmschwelle hoch sein, insbesondere wenn es sich um bekannte Personen handelt, wenn die Nachbarschaft sich einmischte...

Vergessen wir den politischen Kontext nicht! Die abschiebenden Kräfte

sind alles andere als selbstsicher. Der BW-Innenminister Strobl wurde vom Koalitionsausschuss Anfang März zu einer „sorgfältigeren Einzelfallprüfung“ bei Abschiebungen verdonnert (Kontext 11.3.17). Fünf Bundesländer beteiligen sich gar nicht an Abschiebungen nach Afghanistan. Und ein Blick über den Tellerrand macht Mut: In Barcelona gingen am 18.2.17 Hunderttausende für die Aufnahme von Flüchtlingen auf die Straße!

AUTORINNEN UND AUTOREN

Seite 1: AntiRA-AK IL Karlsruhe / Antira-Netzwerk Baden-Württemberg

Seite 2 links: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg

Seite 2 rechts: AKT [aktion kollektiv theatral]

Seite 3 oben: Janika Kuge, Freiburg

Seite 3 unten: Ingo, Stuttgart, buergerasyl-stuttgart@gmx.de,

Seite 4 oben: AntiRA-AK IL Karlsruhe / Antira-Netzwerk Baden-Württemberg

Seite 4 unten: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Die neuen Kolleginnen und Kollegen – Herausforderung für die Gewerkschaften

Geflüchtete wurden bisher von den Gewerkschaften nur selten als Kolleginnen und Kollegen mit ihren besonderen Problemen wahrgenommen. Dabei haben ihre in der Regel prekären Arbeitsbedingungen Auswirkungen auf die Lage der Beschäftigten insgesamt.

Die Geflüchteten haben mehrheitlich das Ziel, sich ein neues besseres Leben aufzubauen. Sie sind in der Regel hochmotiviert möglichst bald ein eigenes Einkommen zu erzielen. Dabei werden auch Arbeitsbedingungen in Kauf genommen, die hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsschutz und Entlohnung inakzeptabel sind. Die Unternehmen nutzen die Not der Geflüchteten zu Lohndumping und zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Beschäftigten aus.

Wichtigstes Disziplinierungsmittel gegenüber Geflüchteten/Migrant_innen ist dabei die Verknüpfung zwischen Aufenthalts-, Arbeits- und Sozialrecht. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder Verfestigung des Aufenthaltes ist in der Regel von der eigenen Lebensunterhaltssicherung einschließlich der Kosten der Wohnung abhängig. Verlust des Arbeitsplatzes gefährdet somit den Aufenthalt, was Lohndrückerei Tür und Tor öffnet, und für angepasste Arbeitnehmer_innen sorgt.

Asylsuchende unterliegen die ersten drei Monate einem Arbeitsverbot. Danach können sie nur mit Zustimmung der Ausländerbehörde arbeiten. Erst nach 4-jährigem Aufenthalt kann eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erteilt werden. Jobs gibt es für sie somit vor allem in den am schlechtesten bezahlten und unattraktivsten Bereichen. Abgelehnten Asylbewerber_innen, die nicht an der eigenen Abschiebung mitwirken, kann die Arbeitserlaubnis entzogen werden.

Geflüchteten, die sich noch im Asylverfahren befinden, oder die lediglich über eine Duldung verfügen, haben somit kaum Zugang zu Erwerbstätigkeit. Sie können jedoch gleichzeitig über das Asylbewerberleistungsgesetz zur Aufnahme von 1-Euro-Jobs verpflichtet werden. Geflüchtete als 1-Euro-Jobber finden sich längst auch in der Verwaltung, bei Dolmetscherdiens-

ten, als Hausmeister, auf Bauhöfen, im Putzbereich, in der Landschaftspflege, der Straßenreinigung etc. Dies bedeutet nichts anderes als die Einsparung von Normalarbeitsplätzen und besondere Ausbeutung der Geflüchteten.

Von Ausbeutung in ganz besonderer Weise sind diejenigen betroffen, die in der Illegalität leben. Um überleben zu können arbeiten sie ohne Papiere, erhalten Hungerlöhne, und werden oft noch bezüglich des Lohns betrogen. Nicht nur in der BRD setzen ganze Branchen auf die Not von Illegalen und Armutsmigranten um ihre Profite zu sichern. Besonders hervorzuheben sind hier z.B. die Tagelöhner_innen bei der Tomatenernte in Italien oder der Apfelsinenernte in Spanien, die Saisonarbeiter_innen in der Spargel- und Gurkernte in der BRD, die illegal Beschäftigten in der Gastronomie und auf dem Bau.

Das Institut der deutschen Wirtschaft forderte bereits 2014 mehr qualifizierte Zuwanderung zur Milderung des „Fachkräftemangels“. Im Kern geht es jedoch darum, junge gut ausgebildete und billigere Kräfte gegen teure, ältere Kolleg_innen auszutauschen. Zusätzlich spart man sich bei diesem Modell die Ausbildungskosten.

Der migrantische Teil der Arbeiter_innenklasse besteht jedoch nicht

Haushalt, arbeiten bei Versandhändlern, schleppen Pakete oder schufteten auf dem Bau.

Die sich daraus ergebenden vielfältigen Spaltungslinien bedeuten auch immer eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für soziale Kämpfe. Es ist deshalb auch Aufgabe der Gewerkschaften, die Aufhebung aller Sondergesetze für Migrant_innen, die Aufhebung der Verknüpfung von Aufenthaltsrecht und Erwerbstätigkeit, sowie den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt für alle zu fordern. Migrant_innen und Geflüchtete sind Teil der Arbeiter_innenklasse. Deshalb sollten sie, auch wenn sie noch keine Arbeitsstelle haben oder eine Arbeitsaufnahme ausländerrechtlich verboten wird, in die Gewerkschaft aufgenommen werden.

„Gleiche soziale Rechte für alle“ und das Recht auf ein gutes Leben muss auch die Forderung gewerkschaftlicher Kämpfe werden. Dazu gehört auch die Verteidigung von Kolleg_innen, die von Abschiebung betroffen sind. In einem Betrieb in Bayern traten die Beschäftigten z.B. aus Solidarität mit ihrem Kollegen in den Streik und forderten die Aussetzung der Abschiebung und Aufenthaltsrecht. Bekannt wurde andererseits eine Aktion von Geflüchteten im Badischen,

Die neue globale Klasse der Wanderarbeiter_innen ist längst auch in der BRD ein fester Bestandteil der Gesellschaft

nur aus Geflüchteten, sondern zu großen Teilen aus Zugewanderten aus den EU-Krisenländern des Südens, und aus den neuen EU-Ländern Osteuropas. Die neue globale Klasse der Wanderarbeiter_innen ist längst auch in der BRD ein fester Bestandteil der Gesellschaft und der Wirtschaft. Sie hüten Kinder, pflegen alte Menschen, machen den

die Kenntnis davon bekamen, dass ihre Einstellung zu Billiglohn mit der Kündigung von „zu teuren Beschäftigten“ einhergehen sollte. Sie haben die Stellen nicht angetreten. In diesem Sinne sollten wir uns nicht nur eine kämpferische Gewerkschaft wünschen, sondern selbst dazu beitragen, dass sie es wird.

Nachrichten

Ermittlungsverfahren gegen Geistliche, deren Gemeinden Kirchenasyl gewähren

In mehreren Fällen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingeleitet gegen Geistliche, deren Gemeinden Kirchenasyl gewähren. Aktuell befinden sich bundesweit circa 550 Personen in etwas über 300 Kirchenasylen. <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=10818>

1 Jahr Asylopaket II

Seit dem 17. März 2016 gilt das sogenannte Gesetz zur „Einführung beschleunigter Asylverfahren“ – kurz Asylopaket II. Durch das Paket soll innerhalb einer Woche über einen Asylantrag entschieden werden. Bei einer Ablehnung erfolgt die Abschiebung aus der Einrichtung heraus innerhalb von drei Wochen. Die geplante Regelung ermöglicht es, das „beschleunigte Asylverfahren“ zum Standardverfahren zu machen. <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=10794>

1 Jahr Türkei – EU Deal

Am 20. März 2017 ist der EU-Türkei Deal seit genau einem Jahr in Kraft – ein trauriger Jahrestag für den Flüchtlingsschutz in Europa. Griechenland ist seitdem zu einem Freiluftgefängnis für Tausende Menschen geworden. Schutzsuchende, die auf den griechischen Inseln anlanden, haben keinen Zugang mehr zu einem regulären Asylverfahren. Flüchtlinge werden von der EU und der Türkei nur als Manövrierarmee gesehen. Menschenrechte und –würde spielen dabei keine Rolle.

DIE UNERWÜNSCHTEN

Der Dokumentarfilm begleitet sechs Gefangene der Abschiebehaft Rottenburg in ihren letzten Wochen vor der Abschiebung. Zu Wort kommen dabei auch diejenigen, die dafür zuständig sind, Tag für Tag abzuschicken. <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=10371>

Gesetzentwurfs zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Der Gesetzentwurf ebnet den Weg für Überraschungsinhaftierungen und –abschiebungen. Die Ausdehnung des Ausreisegewahrsams von vier auf zehn Tage ist ein rechtstaatswidriger Freiheitsentzug. Asylsuchende bis zum Ende der Asylverfahren in Erstaufnahmeeinrichtungen festzuhalten, verhindert Kontakte zu Ehrenamtlichen. <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/zur-ersten-lesung-des-gesetzentwurfs-zur-besseren-durchsetzung-der-ausreisepflicht/>

Versteckte Neuregelungen zu unbegleiteten Minderjährigen

Wird der Entwurf des »Datenaustauschverbesserungsfortentwicklungsgesetz« verabschiedet, würde das Verfahren der Identifizierung und Erstunterbringung unbegleiteter Minderjähriger nicht länger durch die Jugendämter, sondern durch die Bundespolizei oder in Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene erfolgen. Nicht nur nationale, auch internationale Kinderschutzstandards blieben somit unbeachtet.

<https://www.proasyl.de/news/versteckte-neuregelungen-zu-unbegleiteten-minderjaehrigen-schutzlos-im-erwachsenensystem/>

Fünf Irrtümer über Geflüchtete und Flucht

- 1) Wir erleben eine »Flüchtlingskrise«.
 - 2) Deutschland akzeptiert besonders viele Flüchtlinge.
 - 3) Deutschland kann »Fluchtursachen im Ausland bekämpfen« oder die europäischen Grenzen gegen ungewollte Einwanderung schließen.
 - 4) Geflüchtete sind mehr/weniger/gleich kriminell.
 - 5) Ab jetzt wird alles besser.
- <https://perspective-daily.de/article/197/s1x8k576#/>

Ein „Weiter so!“ für den uneinsichtigen Abschiebeminister

Flüchtlingsrat reagiert skeptisch auf Beschlüsse des Koalitionsausschusses zu Afghanistan

Mit großer Skepsis reagiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zum Thema Abschiebungen nach Afghanistan. Darin war vereinbart worden, Einzelfälle „noch sorgfältiger zu prüfen“, dass die Landesregierung sich dafür einsetzen würde, dass Abgeschobene in Afghanistan eine „angemessene Betreuung“ durch die Internationale Organisation für Migration (IOM) erhalten, und dass Geduldete auf Bleiberechtsregelungen für gut integrierte hingewiesen werden. „Es ist bereits seit Beginn der Sammelabschiebungen nach Afgha-

nistan davon die Rede gewesen, dass Einzelfälle sorgfältig geprüft werden würden. Dies ist ganz offensichtlich nicht geschehen. Innenminister Stroh lässt jegliches Problembewusstsein vermissen und behauptet, es habe bisher keine schwerwiegenden Pannen bei der Einzelfallprüfung gegeben. Unter diesen Umständen ist die Ankündigung einer ‚noch sorgfältigeren Einzelfallprüfung‘ ein schlechter Witz und ein klares Signal für ein ‚Weiter so!‘ für den uneinsichtigen Abschiebeminister, garniert mit einigen Pseudo-Zugeständnissen für die Galerie“, kommentiert Seán McGinley, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg.

Dass diejenigen, die potenziell von Bleiberechtsregelungen profitieren könnten, explizit auf diese hingewiesen werden, bewertet der Flüchtlingsrat positiv. Allerdings würden viele der Betroffenen die Erfahrung machen, dass die Hürden hier so hoch seien und häufig noch durch restriktive Gesetzesauslegungen erschwert würden, so dass die Bleiberechtsregelungen häufig ins Leere laufen und nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, die die Kriterien erfüllen, von diesen Regelungen profitieren. Entsprechende Zahlen wurden kürzlich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion bekannt.

Der Flüchtlingsrat bleibt bei seinem Standpunkt, dass Abschiebungen nach Afghanistan angesichts der aktuellen Lage dort generell nicht

Es bleibt dabei: Abschiebungen nach Afghanistan sind inakzeptabel.

akzeptabel sind. Diese Position vertritt übrigens auch die Bundesarbeitsgemeinschaft „Flucht und Migration“ der Grünen in einem aktuellen Positionspapier, und fordert alle Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung zum Abschiebestopp auf.

„Die Grüne Landtagsfraktion und der Landesvorstand haben kürzlich einen Abschiebestopp gefordert, falls die Bundesregierung die Sicherheitslage in Afghanistan nicht neu bewertet. Die Bundesregierung hat klargemacht, dass sie dies nicht tun wird. Stattdessen ignoriert sie den von ihr in Auftrag gegebenen Bericht des UNHCR, weil dessen Inhalt ihr politisch nicht in dem Kram passt. Doch anstatt ihre Ankündigung wahrzumachen, haben sich die Grünen scheinbar auf einen weiteren faulen Kompromiss eingelassen, der es dem Innenminister erlaubt, seine rücksichtslose Abschiebepolitik unvermindert weiterzuführen“, so McGinley abschließend.